

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin D 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

~ Ostergruß ~

O hehrer Ostertag,
Sei mir gegrüßt!
Des Herzens Jubelschlag
Den Dank zum Himmel trag':
Schuld ward gebüßt!

Natur im Erstlingskleid,
Sei mir gegrüßt!
Vorbei ist Winters Leid,
Bald voller Frühling maht,
Segnend dich küßt!

Seele, vom Licht erhellt,
Sei mir gegrüßt!
Komme, was Gott gefällt,
Wenn nur die inn're Welt
Friede umschließt!

Warum bis ins letzte Dorf?

Ich bin der Meinung, daß die Religion mit der gewerkschaftlichen Organisation nicht verquidelt werden darf." (Aus dem Agitationsflugblatt des (sozialdemokratischen) Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen den christlichen Bauarbeiterverband.)

„Großer“ Deutscher Bauarbeiterverband ver- hülle dein Haupt. Laufe in tiefe Nebel hinab, da- mit du unsichtbar wirst. Denn das klare Licht der Sonne läßt deine Blamage nur allzu deutlich er- kennen. Ach, was haben sich doch die Zeiten ge- ändert. Wo ist der frische und siegreiche Glanz ge- blieben, der ehemals die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften belebte! Wo die alten sieggewohnten Stürmer und Kämpfer, voll von weltstürzenden Idealen! Ja, ja, die Sozialdemokratie ist alt ge- worden. Ihre Grundsätze sind alt und wurmfressig geworden, man glaubt nicht mehr an sie. Ihre Ideale sind verblaßt und schwinden immer mehr dahin! Der egoistische Materialismus hat kalte Rechner an ihre Stelle gesetzt, die zunächst fragen, was bringt mir der Idealismus an klingender Münze ein. Und die Epigonen der alten knorrigen Kämpfer sind glatt geworden, wohl gebügelt und geschmeichelt kommen sie daher. Ihr Ich wurzelt im Diesseits, Evolutionisten sind sie geworden, aber diese Evolution (Entwick- lung) muß glatt und ohne Erschütterungen ver- laufen. O, wenn die sozialdemokratischen Schutzheligen Marx, Engels und Lassalle diese Entwick- lung mit ansehen könnten; wenn die Kämpfer unter dem Sozialistengesetz dies hätten ahnen sollen. Sie würden sich im Grabe herumdrehen und sagen: Da- für haben wir das Exil auf uns genommen, muß- ten fern der Heimat leben und unseren Leichnam in fremder Erde betten lassen, haben Monate und Jahre Gefängnis mit einschnürenden Zäunen ertragen! Sie haben nicht vorausgesehen, daß eine auf den Grund- sätzen des Materialismus, des Klassenkampfes und Klassenhasses aufgebaute Bewegung dahin kommen mußte, wo die Sozialdemokratie heute steht. Sie waren schlechte Historiker. Ein Blick in die Welt- geschichte hätte sie lehren können und müssen, daß nur eine auf ewigen und unvergänglichen, sittlichen

Grundsätzen, wie sie im Christentum lebendig und wirksam sind, aufgebaute Bewegung von Bestand sein konnte.

Der „große“ Deutsche Bauarbeiterverband hat sein Flugblatt gegen den christlichen Bauarbeiter- verband erscheinen lassen. In dem Begleitschreiben bei dem ersten uns zugehenden Exemplar hieß es: Unsere, d. h. die Mitglieder des christlichen Bau- arbeiterverbandes lachen über das Flugblatt, die Mit- glieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes aber sind rebellisch über dasselbe. Sie sagen: Das ist ja gar nichts, der Inhalt ist ja geradezu erbärmlich. Wie fein die einfachen, in der Arbeit stehenden Men- schen empfinden. Wie zielficher ihr Urteil ist. Auch uns überkam das gleiche Empfinden. Ein Bild der Hilflosigkeit und Schwäche spricht daraus und ent- setzt fragt man sich: Hat der „große“ Deutsche Bauarbeiterverband es notwendig sich schon auf diese Dörfer zu begeben? Und wir kramen alte Streitschriften aus, aus denen Kraft und Kampfesmut geradezu sprudelt. Sie kommen aus der Zeit, wo die Ideale der Sozialdemokratie noch jung und lebendig waren, wo ihre Anhänger noch an sie glaubten. Und aus ihnen spricht die ehrliche Ueberzeugung an die Kraft der Arbeiter- solidarität, die Berge zu versetzen imstande ist.

Dieses Flugblatt ist uns der Beweis dafür, daß es schlimm im Deutschen Bauarbeiterverband steht. Es ist ein Zeichen der Hilflosigkeit und Schwäche. Was ihm am meisten charakteristisch ist, ist der Mangel an Ehrlichkeit. Das zu sagen ist besonders schmerz- lich im Hinblick darauf, weil wir mit dieser Organi- sation schon viele Jahre in einem gemeinschaftlichen Tarifverhältnis stehen. Einem offenen und ehrlichen Zusammenarbeiten im Tarifvertrag kann das nicht dienlich sein.

Wenn wir dem Flugblatt Mangel an Ehr- lichkeit vorwerfen, so ist das ein schwerer Vorwurf. Wir werden ihn beweisen.

An die Spitze unseres Artikels haben wir die Meinung des Deutschen Bauarbeiterverbandes ge- setzt, so wie er sie durch seinen Flugblattschreiber ver- kündigen läßt, „daß die Religion mit der gewerkschaft- lichen Organisation nicht verquidelt werden darf“. Gut! Aber wir fragen: Wenn dieser Satz im Flugblatt richtig sein soll, warum gab dann der ehemalige Zentralverband der Maurer Deutschlands, der heute mit dem Bauhilfsarbeiterver- band den Deutschen Bauarbeiterverband bildet, im Jahre 1905 das Buch „Arbeit und Kultur“ heraus, das sich zum Ziel setzt, die Erklärung von Welt, Leben und Arbeit, mithin Weltanschauungsfragen, die es in ein einheitliches System zu bringen ver- sucht. Daß es abwegig jeder Religion, vom Stand- punkte des kräftesten und besten Materialismus aus geschrieben ist, brauchen wir nicht zu betonen. Und daß es darin heißt:

„Der Urzustand war der Mensch ein affenartiges Wesen mit angeerbter hockender Stellung, noch nicht entwickelt zum permanent aufrechten Gang und zur freien Armtätigkeit.“

ist zwar keine wissenschaftlich nach gewiesene Tat- sache, aber es paßt in die sozialdemokratische „Reli- gion“. Der Vorstand des Maurerverbandes aber, fast die nämlichen Personen, die die Heraus- gabe des jetzigen Flugblattes gegen den christlichen Bauarbeiterverband beschlossen haben, schrieb da- mals im Vorwort dieses Buches, er habe die Her- ausgabe beschlossen „eingedenk seiner Pflicht.“ sich

nicht nur für die „rein materiellen Interessen“ der Arbeiter zu betätigen, „sondern auch die Belehrung und Aufklärung der Verbandsmitglieder möglichst zu fördern.“ Natürlich nur in sozialdemokratisch-ma- terialistischem Sinn.

Weiter! Warum schrieb der „Grundstein“ in seiner Nr. 49 von 1904:

„Du mußt eindringen in das Reich der Natur, also den Naturwissenschaftler dich zuwenden. Sie werden dich belehren, daß nicht „Gott die Welt in sieben Tagen erschaffen“ hat, sondern sich alles, was da ist, nach ewigem, unzerstörbarem **natürlichem** Gesetz in unfaßlich langen Zeiträumen entwickelt hat.“

Gott ist die Grundlage alles Seins. Wenn sich aber alles nur nach natürlichen Gesetzen ent- wickeln soll, dann wird damit der Existenz Gottes überhaupt, ferner der (göttlichen) sitt- lichen Weltordnung das Urteil gesprochen. Der Gottesglaube ist das Fundament jeder Religion, wer diesen verneint, vernichtet damit die Religion selbst. Das tat der „Grundstein“. Aber wie kann das Flugblatt dann behaupten, zumal, wo der „Grundstein“ es als moralische Pflicht seinen Mit- gliedern hinstellt, bis zu der von ihm gekennzeich- neten Erkenntnis vorzubringen, die Religion dürfe mit der Gewerkschaft nicht verquidelt werden?

Der „Grundstein“ sowohl wie der „Zimmerer“ haben aber auch keine Gelegenheit veräumt, um gegen die christliche Kirche zu kämpfen. Als in 1909 der spanische Anarchist Ferrer hingerichtet wurde, schrieb der „Grundstein“ (Nr. 43 1909):

„Nun ist die blutdürstige „Ordnungs“-Bestie nicht davor zurückgeschreckt, ihr schändliches Treiben durch einen Akt ganz besonderer Mordjustiz zu krönen. Sie hat, den torquemadistischen Mutinstinkten des Pfaffen- tums folgend, einen hervorragenden Mann der Wissen- schaft, einen lauterer Apostel der Freiheit und Hu- manität, Francesco Ferrer usw. . . Fälle dieser Art sind ja schon oft dagewesen; immer hat sich die Pfafferei des weltlichen Jenters bedient, um die Verkünder der Vernunft und der Freiheit zu vernichten. . . Und diese Mörder sind ja nicht nur einzelne, nein — es ist eine gegen Recht und Freiheit des Volkes verschworene Bande von Pfaffen und Staatsgewaltigen.“

Der „Zimmerer“ (Nr. 43 1909) schrieb:

„Nur der Pöbel eines christlichen Pfaffen ist ins- tande, so Unfaßbares zu erfinden und reifen zu lassen. Nur die christliche Kirche, die von jeher das Mensch- liche im Menschen zu ersticken bestrebt gewesen ist, ver- mag so Nuchloses zu tun. Wo seit anberthabtauend Jahren, seit die christliche Kirche zur Herrschaft ge- langt, was ein normales Menschenhirn nicht fassen kann, da ist der Plan dazu gereift in einem mit morali- schem Eiter gefüllten Pfaffenkopf.“

Dabei steht fest, daß Ferrer ein gemeiner Ver- brecher war, daß seine Aburteilung vor einem ordent- lichen Gericht vor sich ging, und daß irgend eine Geis- tlichkeit mit der Sache überhaupt nichts zu tun hatte. Der „Grundstein“ und „Zimmerer“ hielten die Ge- legenheit zu einem in seiner Art nicht zu qualifi- zierenden Angriff gegen die Diener der Religion für glänzend, die nämlich, die noch nie ein Wort des Bedauerns finden konnten, wenn spanische Anar- chisten Ordenspriester und Ordensschwestern zu Tode zenden mit Dynamit in die Luft sprengten.

Aber auch zu direktem Kampfe gegen die Kirche fordern diese Art „Gewerkschaftsblätter“ auf. So richtete der „Zimmerer“ in seiner Nr. 5 von 1906 an seine Mitglieder die Aufforderung:

„Schon seit Jahrzehnten ist der Ruf ertönt: „Her- aus aus der Kirche!“ Der Erfolg ist bisher verhältnis-

mäßig gering gewesen. Jetzt dagegen scheint die Entwicklungslinje erreicht zu sein, von der das Zerbrechen des kirchlichen Sängelbandes zur inneren Notwendigkeit geworden ist. . . . Unsere Aufgabe ist, die vorhandenen Stimmungen und Strömungen zu verstehen und sie kraftvoll zur Entfaltung zu bringen. . . . Wann und wo deshalb in den Kreisen der Arbeiter der Gedanke laut wird, durch einen Massenaustritt aus der Kirche gegen die Reaktion, gegen Volksverdummung und Volksentrechtung zu protestieren, dann bleibe keiner zurück. Außerhalb der Kirche ist Licht und Luft, in ihr dumpfe Finsternis und Leichengeruch."

Die Aufforderung war nicht vergeblich. Wir sehen, daß bei der gegenwärtigen Kirchenaustrittsbewegung Sozialdemokraten an der Spitze tätig sind.

Damit glauben wir nachgewiesen zu haben, daß die in dem Flugblatt aufgestellte Behauptung un- wahr ist. Das direkte Gegenteil ist der Fall. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften durchweht die der Sozialdemokratie im allgemeinen zu eigene Religiösfeindschaft, ja man kann sagen, Religions- haß. Und indem sie die Religionsfeindschaft in die Gewerkschaftsbewegung hineintrugen, legten sie den Grund zur Zerspaltung. Und weil sich die christ- lich und national gesinnten Arbeiter von ihrer Ge- werkschaft und deren Organen, die mit ihrem Geld unterhalten werden, in ihrer Ueberzeugung nicht krän- ken und beschimpfen lassen konnten, deshalb mußten sie sich eine eigene wirtschaftliche Interessenvertretung schaffen und dies sind die christlichen Gewerk- schaften.

Sollen wir auch noch erinnern an den „freien“ Gewerkschaftsbeamten in Breslau, der seine Stelle aufgeben mußte, weil er sich kirchlich trauen ließ? Und an die Fälle wo die Kranzspenden verweigert wurde, weil der Betreffende durch einen Geistlichen beerdigt wurde?

Sie wollen es uns versagen. Aber mit aller Schärfe wollen wir betonen, daß dies die treibenden Kräfte mit sind, warum wir ins letzte Dorf mit unserer Organi- sation wollen und müssen.

„Es muß gesagt werden, hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu scheinen wagen, was wir sind.“ Dieser Ausspruch fiel aus dem Munde des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, jetzigen Landtagsabgeordneten Otto H u e, auf der Geheim- konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeam- ten in 1906 mit Bezug auf die „freien“ Gewerk- schaften.

Nutze die Zeit!

Die Gegenwart ist das rohe Material, aus dem du machen kannst, was du willst. Nutze nicht über der Vergangenheit, träume nicht von der Zukunft, sondern ersehe den Augenblick und lerne von der Stunde. Es ist einfach unmöglich, den wahren Wert einer Stunde zu ermessen. Die Fabeln sagt, gibt Gott nie mehr als einen Moment auf einmal, und gibt keinen zweiten, ehe er den ersten weggenommen hat.

Das Schlimmste an einer verlorenen Stunde ist nicht fauch die Zeitverschwendung als die Kraftverschwen- dung. Küppigkeit verstopft die Herzen und lähmt die Muskeln. In der Lustsucherei verliert ein einziger gewöhnlicher Tag das ganze Glück. Der Fehler wird daher zurückgeführt zu dem Mädchen, welches das Knäpfen verlernt hat, und der Verlust wird ihm vom Lohn abgezogen. Wer aber kommt auf für die verlassenen Augen um großen Schatz des Lebens? Ein leeres Nachschöpfen können wir nicht hin und her werfen; jeden ungenutzten Tag folgt unsere Bewegung, während wir weiter schlafen.

Es kann sein, daß der nutzlose Tag verstreuteter Stunden und verlorener Gelegenheiten das ganze Ge- heile verdirbt, und eine ewige Schande für den Arbeiter ist; aber es kann sein, daß ein goldener Tag seinen Wert beweist. Wir aber können das Schicksal weder aufheben, noch den unglücklichen Tag, der das Herz als Behälter an unsere Fortschritt verdirbt, neu knäpfen.

Sehe daher keine guten Taten nicht auf, bis du Zeit hast, sie anzuhängen; es wird so hergym wenig in den Augen der Welt sein. Gerade die mit Arbeit überfüllten Stunden sind es, welche die höchsten Taten und Leistungen hervorbringen.

Zeit ist Geld. Wir sollten nicht gehen mit ihr, aber wir sollten so wenig eine Stunde vergeuden, wie wir einen Pfennig verwerfen können.

„Großer“ Deutscher Bauarbeiterverband ver- hülle dein Haupt. Steige in die Nebel hinab, da- mit deine Blamage nicht offenkundig wird. Dieser Ausspruch Fuß paßt auf dich wie die Faust aufs Auge. Denkende Arbeiter, insbesondere christlich or- ganisierte Arbeiter wirst du damit nicht hinteres Licht führen.

Der deutsche Arbeitgeberbund f. d. B.

hielt am 25. und 26. März seine 15. ordentliche Ge- neralversammlung in Eisenach ab. Die Bauunter- nehmer des Auslandes — Schweden, Norwegen, Däne- mark, Oesterreich, Ungarn, Schweiz — hatten Vertreter entsandt. Die Verhandlungen leitete der bisherige erste stellvertretende Vorsitzende des Bundes, Herr Architekt und Maurermeister Behrens - Hannover.

Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes lag im Druck vor. Er war kaum geeignet, eine besonders hochgemute Stimmung unter den Bundestagsbesuchern aufkommen zu lassen. In dem entscheidenden Punkt, Mit- gliederbewegung, konnte er nur Unzufriedenheit feststellen. Die Mitgliederzahl des Bundes hat von 1913 auf 1914 einen Rückgang von 19 328 auf 17 633 erfahren (siehe auch unter „Aus Arbeitgeberverbänden“ in dieser Nr.). Nach der Ziffer der beitragspflichtigen Gesamtlohnsumme tritt dieser Rückgang allerdings weniger stark in die Erscheinung, sie sank nur um 3 Millionen Mark von 377 auf 374 Millionen. Daraus ergibt sich, daß der Bund in der Hauptsache die kleinen Unternehmer ver- loren hat. Für die Durchführung seiner Aktionen, ins- besondere bei Lohnkämpfen, sind ihm diese aber kaum weniger wertvoll, als die großen Geschäfte. Die Ver- zögerung der Vertragsabschlüsse führt der Bericht zurück auf die „widerstrebende Auslegung des Affordparagrafen durch die Vertragsparteien“. Auch die mangelnde Verhandlungsfähigkeit des Haupttarifamtes, das zu wiederholten Malen unter zum Teil „sehr hefti- gen persönlichen Angriffen der Arbeiterbeijiger“ (gemeint sind die Angriffe Bringmanns. D. Red.) zu leiden ge- habt habe, sei ein „Moment, das nicht übersehen wer- den dürfe, wenn man den Ursachen der Verzögerung der Vertragsabschlüsse nachspüre“. Der Bundesvorstand ist der Hoffnung, daß, nachdem durch die Entscheidung 17 des Haupttarifamtes die Affordfrage grundsätzlich ge- regelt sei, nunmehr auch der örtliche Vertragsabschluß sich rascher als bisher vollziehen werde. Mit nicht wenig Stolz rühmt sich der Bundesvorstand seiner Erfolge in der Beeinflussung der sozialen Ge-

setzgebung. „Die Ablehnung der Arbeitslosenver- sicherung durch die Reichsregierung dürfte wohl mit in erster Linie dem Vorgehen des Deutschen Arbeitgeber- bundes zuzuschreiben sein. . . .“ Die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die soziale Gesetzgebung nun zu einem gewissen Abschluss gekommen wäre, sei in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes „mit Be- friedigung“ aufgenommen worden. Es sei zu wünschen, daß die Regierung auch fernerhin an diesem Standpunkte festhalte. Nun, etwas Ueberraschendes enthalten diese Mit- teilungen für uns nicht. Wenn es den Kampf gegen die Arbeiter galt, hat der Bund immer mit in den ersten Reihen gestanden. Daß darin in nächster Zukunft keine Aenderung eintreten würde, darüber bestand bei uns nie ein Zweifel.

Was den äußeren Eindruck der Eisenacher Tagung an- betrifft, so war diese fast ausschließlich von organisatorisch- agitatorischen Gesichtspunkten beherrscht. „Mittel und Wege zu einer weiteren Erstarlung des Bundes“ war das Thema, das fast den ganzen ersten Verhandlungstag ausfüllte, und zu dem nicht weniger als drei Referenten sprachen. Der erste Redner, Herr P o l s t - Hamburg, erörterte die agitatorischen Aufgaben der Bezirks- und Ortsverbände. Die Ur- sachen für den Rückgang in der Mitgliederzahl, die übri- gens schon seit einigen Jahren eine fallende Tendenz auf- weist, sieht der Redner einmal in der ungünstigen Ein- wirkung der beiden letzten Tarifabschlüsse (1910 und 1913) und der mit diesen verbundenen Lohnerhöhungen, durch die insbesondere die kleineren Städte und ländlichen Be- zirke über ihre Kräfte hinaus belastet worden sein sollen, und zum anderen in der anhaltend schlechten Baukonjunktur der letzten Jahre und dem damit in Zusammenhang stehenden Ueberangebot von Arbeitskräften auf dem Bauplätze, aus dem die unorganisierten, an die Tarif- löhne nicht gebundenen Unternehmer Nutzen zögen. Als „bestes Mittel“ und „sichersten Weg“ zu einer weiteren Erstarlung des Bundes empfahl Redner die Organi- sationsarbeit in den Bezirks- und Ortsverbänden, die während der beiden noch zur Verfügung stehenden Jahre des Tariffriedens eifrigst gefördert werden müßte, ins- besondere auch durch den örtlichen Zusammenschluß des Baugewerbes mit den Baunebengewerben in örtlichen Baugewerbestellen. Nur durch eine „unausgesetzte, intensive Werbetätigkeit“ könnten die vom Deutschen Ar- beitgeberbunde für das Baugewerbe und vom Reichs- bunde baugewerblicher Arbeitgeberverbände erstrebten Ziele erreicht werden.

Als zweiter Redner zu dem Thema „Mittel und Wege zu einer weiteren Erstarlung des Bundes“ sprach Herr P o p p - Nürnberg. Er behandelte sein Referat aus- schließlich unter dem Gesichtspunkte des Zusammenschlusses des Baugewerbes mit den Baunebengewerben. Wenn die

Zeitverschwendung ist gleichbedeutend mit Ver- schwendung von Energie, von Lebenskraft, von Charakter; in ihrem Gefolge befinden sich schlechte Gefährten, schlechte Gewohnheiten, durch sie veräuert man nie wieder- kehrende Gelegenheiten.

Hüte dich, die Zeit totzuschlagen: denn in ihr lebt deine Zukunft!

Das „Wille und Erfolg“ von Sm. - Warden.

Deutsche Ingenieurkunst im Auslande

Gasenbanken in London. — Tunnelbau in Rumänien.

Zwei große Erfolge hat wieder die deutsche Inge- nieurkunst im Auslande errungen. Das ureigenste Gebiet des englischen Industrielebens, die Eisenindustrie, ist jetzt von deutschen Firmen in der englischen Hauptstadt selbst geschlagen worden. Die Londoner Gasenbank gibt bekannt, daß sie an zwei deutsche Firmen für Er- weiterungsarbeiten am Albert-Dock Aufträge für drei Paar Schlenkwerke, eine Zugbrücke, eine Drehbrücke und ein Gasson für ein Erödnobd vergeben hat. Der Auftrag für die Schlenkwerke ging an die Gutehoffnungshütte, Altkönigsberg für Bergbau- und Hüttenbetrieb, der Rest ist an die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gegangen. Die deutschen Firmen haben die Aufträge im Wettbewerb mit englischen Firmen erhalten, da ihr Angebot fast 26 v. H. unter dem niedrigsten britischen Angebot stand. Ein Beweis, daß die deutsche Ingenieurkunst weit leistungsfähiger ist als die viel ältere und, sollte man meinen, erfahrenere des Heimatlandes der Eisenverar- beitung.

Ein ebenso erfreuliche Nachricht kommt aus Ru- mänien. Die „Die Bauwelt“ schreibt, ist der Tiefbau- ingenieurgesellschaft Julius Berger in Berlin von der ru- mänischen Regierung der Zuschlag der Ausführung des „Tunnels“ auf der Straße Sibiu - Muroeni im Werte von 1 113 600 A erteilt wor- den. Die Dauer der Ausführung ist 23 Monate be- tragen. Die Firma soll sich verpflichtet haben, die dop- pelte Leistung zu hinterlegen, und eine bindende Garantie

abgegeben haben, dem rumänischen Staate keinesfalls einen Prozeß anzustrengen.

Bemerkenswert ist, daß die Uebernahme des Auftrags nicht zu einem festen Preise, sondern nach Einheitspreisen für die zu leistenden Massen erfolgt ist. Dasselbe Ver- fahren ist auch für den Gauenstein-Tunnel in Anwendung gekommen. Da trotz der weitgehenden Bodenunter- suchungen die geologische Struktur des Gebirges niemals ganz erforscht werden kann, läßt sich ohne unerschöpfliches Risiko kein Einheitspreis bestimmen. Das Durchbohren von Granit erfordert naturgemäß viel mehr Zeit und Geräteverbrauch als bei leichterem Gestein. Diese Art der Preisfeststellung ist also für den Auftraggeber und Un- ternehmer vorteilhaft. Dem Unternehmer wird die tat- sächlich geleistete Arbeit angemessen bezahlt, und der Bau- herr, oft eine Behörde, ist vor Mehrforderungen und Pro- zessen sicher. Vor etwa einem Jahre, am 21. Januar 1913, mußte Staatssekretär Delbrück in der Sitzung der Kommission für den Reichshaushaltsetat zugeben, daß von allen Tiefbau- und Erdarbeiten nur sehr wenige ohne Mehrforderungen durch die Baufirmen zu Ende geführt werden.

Eine Mauermaschine

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe“ schreibt in ihrer Nr. 5:

„Von Zeit zu Zeit hört man in der Öffentlichkeit etwas von einer neuerfindenen Maschine zum Herstellen von Mauern. Bisher ist es den Erfindern noch nicht gelungen, eine wirklich brauchbare Maschine zu konstruieren, trotzdem nach unserer Ansicht die technische Möglich- keit vorliegt. Alle bisher gebauten Modelle von Mauer- maschinen scheiterten beim praktischen Gebrauch daran, daß die mit ihnen hergestellte Arbeit teurer wurde als Handarbeit. — Vor einiger Zeit berichtete nun eine Berliner illustrierte Zeitung über eine Mauermaschine, die angeblich bereits Eingang in große Baubetriebe ge- funden haben soll. Auch bildlich ist diese Maschine dar- gestellt. Sie soll in einer Tagesarbeit 5000 Ziegelsteine vermauern. Soweit wir nach dem Bilde urteilen können, braucht die Maschine mindestens zwei Mann zur Be- dienung. Wenn sie dabei in vollem Mauerwerk nur 5000 Steine legt, so wird ihr Erfinder jedenfalls nicht auf große Geschäfte rechnen können.“

Gewerkschaften von Jahr zu Jahr größere Erfolge errungen und es verstanden hätten, immer höhere Löhne für die Arbeiter zu erzwingen, so hätten sie diese Erfolge nicht nur ihrer eigenen vorzüglichen Organisation und dem stark entwickelten Solidaritätsgefühl ihrer Mitglieder zu verdanken, sondern gleichzeitig auch der schwachen und unzulänglichen Organisation der Arbeitgeber. Der Redner stimmte dann ein erges Klageklieb über die steuerliche und soziale Belastung des Baugewerbes an. Weitere Lasten könne es nicht auf sich nehmen, das gelte insbesondere auch in bezug auf die Steigerung der Löhne. Um das weitere Steigen derselben zu verhindern, bedürfe es mehr denn je einer Sammlungsaktion. Der Referent stellte am Schlusse seiner Ausführungen den Antrag, 10 000 M zu bewilligen, die in der Agitation für den Reichsbund verwendet werden sollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Als weiteres Mittel zur Stärkung des Bundes empfahl Herr Behrens-Hannover als dritter Referent den Anschluß an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Anschluß sei schon deshalb notwendig, weil einzelne dem Bunde angeschlossene Verbände — u. a. der Westdeutsche Arbeitgeberbund f. d. B. — sich bereits der Vereinigung angeschlossen hätten, und daß der Anschluß weiterer Verbände bevorstehe. Einer solchen Zersplitterung der Kräfte müsse vorgebeugt werden. Der Antrag wurde daraufhin einstimmig vollzogen. Herr Behrens gab noch der Zustimmung Ausdruck, daß der Beitritt des Bundes zur Vereinigung, durch den die von dieser erfasste Arbeiterzahl auf über 2 Millionen und die Gesamtlohnsumme auf nahezu 2 1/2 Milliarden Mark ansteigen würde, geeignet sei, die Gewerkschaften vor Schritten zurückzuhalten, die zum Kampfe mit dem Bunde führten. — Man kann den Nachschub, den der Bund durch den Anschluß an die Vereinigung zweifellos erfahren wird, voll auf würdigen, ohne daß man deshalb die Bausemacherei des hannoverschen Maurermeisters allzu tragisch zu nehmen braucht. Einschüchterungsversuche haben bei uns noch nie versagt.

Aus den übrigen Verhandlungen der Bundesgeneralversammlung ist noch hervorzuheben ein Referat des Nürnberger Syndikus Grampy über die Notwendigkeit der Einfügung der Streik- und Aussperrungsklausel in alle Bauverträge. Den Bundesmitgliedern wird empfohlen, der allgemeinen Einführung dieser Klausel in Zukunft womöglich eine noch größere Aufmerksamkeit zu widmen als das bisher schon der Fall war. Diese erneute Betonung der Notwendigkeit der Streikklausel hat ihren Grund in einem Urteil des Reichsgerichts vom 16. Dezember 1913, das allerdings den Scharfmachern im Unternehmerlager sehr wider den Strich läuft. Es handelte sich in diesem Falle um einen Unternehmer, der im Februar 1910 einen Bauvertrag eingegangen war, in dem die Streikklausel nicht enthalten war. Die vom Arbeitgeberbund beschlossene große Aussperrung verhinderte die rechtzeitige Fertigstellung der Arbeiten. Der Bauauftraggeber klagte daraufhin die vertragsmäßige Konventionalstrafe gegen den Unternehmer ein mit dem Erfolg, daß der Unternehmer zur Zahlung verurteilt wurde, welches Urteil das Reichsgericht bestätigte.

Bei den Neuwahlen wurde Herr Architekt und Maurermeister Behrens-Hannover als erster Vorsitzender, Herr Architekt und Baumeister Popp-Nürnberg als erster stellvertretender Vorsitzender und Herr Holzmeister Noack-Dresden als zweiter stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Aus dem Bericht über die Betätigung des Vorstandes auf wirtschaftlichem Gebiete ist zu erwähnen, daß sich der wirtschaftliche Ausschuss besonders mit der Frage befaßt hat, wie ein für beide Teile befriedigendes Verhältnis zwischen Arbeitgeberverbänden und Baustofflieferanten herbeigeführt werden könne, das ja bekanntlich in den letzten Jahren nicht immer gerade vom besten war.

Es wurde noch beschlossen, den Bund der internationalen Organisation der Bauunternehmer anzuschließen und die nächste Bundeshauptversammlung in Düsseldorf abzuhalten.

Blüte edelsten Gemütes
Ist die Rücksicht, doch zu Zeiten
Sind erfrischend wie Gewitter
Goldne Rücksichtslosigkeit.

Sturm.

Lebensmittelpreise in 1913

Im Anschluß an frühere Darstellungen veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt auch jetzt wieder eine Uebersicht über die Preisbewegung der wichtigsten Nahrungsmittel im Jahre 1913.

Zunächst seien die Durchschnittspreise für die wichtigsten Fleischarten — Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch — mitgeteilt. Hierzu sind die Kleinverkaufspreise in 17 deutschen Großstädten ermittelt worden. Die berücksichtigten Städte sind entsprechend einer Dreiteilung des Reichsgebietes in Ost-, West- und Süddeutschland gruppiert worden,

um auf diese Weise der Dichtigkeit der Bevölkerung und der durch die Verschiedenheit der Berufsstätigkeit bedingten besonderen gesellschaftlichen Schichtung einigermaßen gerecht zu werden. Um ein möglichst einheitliches Verfahren der Preisberechnung für die einzelnen Fleischarten in den preussischen und außerpreussischen Städten zugrunde legen zu können, sind aus den Nachweisungen der nichtpreussischen Städte möglichst nur Sorten entnommen worden, die unter den gleichen Bezeichnungen auch in den preussischen Städten vorkommen.

Kleinverkaufspreise von Fleisch in den Jahren 1909 bis 1913.

a) Nach einzelnen Städten.

Im Durchschnitt des Jahres	Königsberg	Polen	Wreslau	Stettin	Berlin	Dresden	Magdeburg	Stettin	Altona	Hannover	Essen	Magdeburg	Frankfurt a. M.	Mannheim	Stuttgart	München
1. Rindfleisch (Preise für 1 kg in Pfennigen):																
1913	177	171	180	177	182	196	209	192	200	179	192	183	156	174	180	192
1912	166	173	183	171	186	188	201	180	192	177	184	175	190	181	174	185
1911	153	160	162	155	174	177	184	169	180	177	170	172	170	167	160	178
1910	145	149	162	149	168	168	180	157	176	162	164	167	169	172	148	167
1909	136	135	175	146	161	161	178	146	168	152	158	159	165	162	144	163
2. Schweinefleisch (Preise für 1 kg in Pfennigen):																
1913	162	164	175	172	159	165	187	166	168	162	174	212	213	187	192	194
1912	152	162	172	163	159	160	177	151	159	156	168	196	188	183	183	183
1911	130	139	151	142	138	151	168	136	139	136	157	175	176	187	164	169
1910	147	149	159	155	154	157	176	147	153	143	168	192	183	204	179	180
1909	146	148	159	155	153	150	168	148	154	143	168	194	198	189	173	176
3. Kalbfleisch (Preise für 1 kg in Pfennigen):																
1913	180	201	187	207	201	219	233	221	242	215	197	212	213	208	200	218
1912	159	194	194	192	201	215	225	199	237	207	187	199	216	195	196	210
1911	148	174	188	175	191	205	204	194	227	203	170	196	211	190	190	204
1910	154	162	174	180	187	196	192	193	225	188	168	190	199	182	182	188
1909	138	149	174	176	186	183	192	190	212	170	148	176	188	172	179	184
4. Hammelfleisch (Preise für 1 kg in Pfennigen):																
1913	187	198	186	204	196	215	214	218	216	203	190	211	203	197	180	218
1912	168	189	196	188	190	204	201	188	203	189	173	193	188	183	183	192
1911	157	181	192	176	178	191	192	181	192	183	166	187	176	174	175	189
1910	158	169	181	179	170	189	185	171	192	166	159	180	177	174	184	176
1909	150	160	185	165	169	184	175	171	190	158	154	172	176	157	152	188

Die Preise für die wichtigsten Fleischarten sind demnach im Jahre 1913 durchweg weiter in die Höhe gegangen. Am günstigsten liegen die Verhältnisse noch beim Rindfleisch. Während für diese Fleischart in 11 Städten die Preise in die Höhe gingen, konnte in 6 Städten ein Sinken konstatiert werden, allerdings meist nur in minimalem Umfange. Sehr ungünstig haben sich die Preise für Schweinefleisch im letzten Jahre entwickelt. Sie sind in fast allen Städten gestiegen, teilweise recht enorm. Die Kalbfleischpreise gingen im Jahre 1913 mit wenigen Ausnahmen über den vorjährigen Durchschnitt hinaus. Am höchsten waren die Preissteigerungen beim Hammelfleisch.

Wie die Uebersicht zeigt, bestehen zwischen den einzelnen hier berücksichtigten Großstädten ziemlich erhebliche Unterschiede in den ermittelten Jahresdurchschnittspreisen. Es verbietet sich indessen aus verschiedenen Gründen, Vergleiche von Ort zu Ort anzustellen. Dagegen erscheint es allenfalls zulässig, mit Hilfe einer Durchschnittsberechnung aus den Preisen der Städte jeder Gruppe einen Vergleich zwischen den drei eingangs gekennzeichneten Gebietsteilen anzustellen. Die höchsten Preise für Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch finden sich danach in den westdeutschen Großstädten. Das Schweinefleisch stand wie üblich in Süddeutschland am höchsten im Preise.

Der Osten weist für alle Fleischarten, abgesehen vom Rindfleisch, die niedrigsten Preise auf. — Eine umfassenbere Durchschnittsberechnung des Preussischen Statistischen Landesamts, die sich auf 50 preussische Berichtsorte bezieht, bestätigt im allgemeinen die Ergebnisse der eingangs mitgeteilten Berechnungen.

Die Preise einiger sonstiger wichtiger Nahrungsmittel — Kartoffel, Butter, Eier — haben sich gegenüber dem Vorjahr erheblich geändert. Die Preise für Kartoffeln sind in allen Berichtsorten herabgegangen. In Berlin und Frankfurt a. M. beträgt der Rückgang 3 Pfg. für 1 Kilogramm. Ebenso sind die Butterpreise allenthalben wesentlich niedriger geworden, am meisten in Breslau (—24 Pfg.) und in Magdeburg (—20 Pfg.). Die Preise für Eier blieben in vier Städten unverändert und standen in Breslau und Magdeburg um 1 Pfg. für das Stück über dem vorjährigen Durchschnittspreis. Ob das von den Butterpreisen Gesagte mit der Wirklichkeit übereinstimmt, will uns zweifelhaft erscheinen. Unsere persönlichen Erfahrungen deuten sich nicht damit.

Auf die Tatsache, daß die Zahl der gewerblichen Schlachtungen im Jahre 1913 zurückgegangen ist, erheblich sogar, haben wir schon früher bewiesen. Sie wird jetzt auch durch die amtliche Statistik bestätigt. Das vorläufig festgestellte Ergebnis der gewerblichen Schlachtungen in 1913 zeigt die folgende Uebersicht:

Jahr	Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischschau vorgenommen wurde								
	Pferde und andere Einhufer	Ochsen	Bullen	Kühe	Junggrinder über 3 Monate	Kälber bis 3 Monate	Schweine	Schafe	Ziegen
1908	137 247	533 222	477 830	1 665 013	1 046 437	4 752 387	16 508 483	2 280 828	484 753
1909	152 214	623 353	513 124	1 801 408	1 180 181	5 144 011	15 573 171	2 477 104	516 292
1910	149 093	614 011	477 584	1 807 550	1 054 639	4 741 727	16 935 471	2 434 011	476 582
1911	151 990	561 049	426 019	1 777 000	983 600	4 596 163	18 616 434	2 240 452	496 790
1912	179 113	524 335	423 036	1 731 996	961 391	4 366 303	18 217 356	2 269 419	474 534
1913	163 282	518 244	498 138	1 633 561	879 032	4 088 445	17 872 028	2 092 989	469 798

So weit die für das letzte Jahr noch nicht feststehenden Zahlen zu Vergleichen berechtigen, ergibt sich eine Zunahme der gewerblichen Schlachtungen bei Bullen; bei allen übrigen Tierarten hat ein Rückgang stattgefunden.

Auf eine Abnahme des deutschen Viehbestandes soll aus diesen Zahlen aber nicht zu schließen sein. Zwar habe die Viehzählung vom 2. Dez. 1913 außer bei den Schafen auch beim Rindvieh und bei den Schweinen eine Abnahme des Bestandes gegenüber 1907 ergeben. Indessen seien diese Rückgänge nur vorübergehender Art gewesen, sie erklärten sich größtenteils aus den vorangegangenen schlechten Futter-

und Kartoffelernten. Die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dez. 1913 bestätigten das. Danach wären folgende Zunahmen gegenüber 1912 zu verzeichnen: Rindvieh + 762 237 Stück oder 3,8 Proz.; Schweine + 3 688 087 Stück oder 16,7 Prozent; Ziegen + 125 301 Stück oder 3,7 Proz.; nur bei den Schafen zeigte sich die übliche weitere Abnahme, die sich auf 299 250 Stück oder 5,3 Prozent stellte.

Der Rückgang der Schlachtungen und die Steigerung der Fleischpreise im Jahre 1913 beweisen, daß wir in den Teuerungzeiten noch mitten drin sind. Es besteht auch keine Aussicht, daß sich das in der nächsten Zeit schon ändert.

Daß unsere Forderungen den Arbeitgebern nicht angenehm waren, braucht nicht weiter betont zu werden. Es wurde daher auch versucht, die Kollegen von der Organisation zurückzuhalten. Dieser Versuch mißlang natürlich, denn unsere Ehlauer Kollegen zeigten gleich von Anfang an so vielen gesunden Sinn für die christliche Organisation, daß sie sich von niemandem einschüchtern ließen. Inzwischen hatten sich die Arbeitgeber mit dem ostpreussischen Arbeitgeber-Bezirksverband in Verbindung gesetzt, was zur Folge hatte, daß bald darauf eine Vorerhandlung mit dem Syndikus, Herrn Rechtsanwalt Meyer, und dem Bezirksleiter unseres Verbandes stattfand. Nachdem diese den Weg zu weiteren Verhandlungen geebnet hatte, fand am Montag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, im Sitzungssaal der Bauinnung zu Königsberg die offizielle Verhandlung im Beisein unserer Lokalkommission und der Arbeitgeber statt. In dieser Sitzung wurde in sämtlichen Punkten eine Einigung erzielt, und zwar auf folgender Grundlage:

Die Arbeitszeit wird in diesem Jahre um 1/2 Stunde und im nächsten Jahre, bei Ende des Vertragsschlusses, nochmals um 1/2 Stunde täglich verkürzt. Der Stundenlohn steigt sofort von 45 Pf. auf 50 Pf., ab 1. April 1915 auf 52 Pf.; die Landzulage über vier Kilometer, welche bisher 20 Pf. betrug, steigt in diesem Jahre auf 40 Pf. und 1915 auf 50 Pf. pro Tag. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Nachtarbeit mit 50 Prozent und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt. Ebenso wird die Wasser- und Schlammarbeit, sowie Arbeiten mit ätzenden Substanzen, schwarze Arbeiten bei industriellen Anlagen, mit 10 resp. 20 Pf. pro Stunde Aufschlag bezahlt. Alle übrigen Bestimmungen wurden dem Landshorger Vertrage entnommen.

Dieser Vertragsabschluss bedeutet für unsere Ehlauer Kollegen einen großen Erfolg. Der Stundenlohn steigt in den beiden Vertragsjahren in der Stadt um 7 Pf., bei Landarbeiten um 10 Pf. Dazu kommen noch die sonstigen Verbesserungen, welche der Vertrag enthält. Mögen unsere Kollegen in E. Ehlau diesen großartigen Fortschritt zu würdigen wissen und dementsprechend ihre Organisation ausbauen. Zwei volle Jahre liegen vor uns und bis zum Ablauf des Vertrages. Diese Zeit muß von unseren Kollegen voll ausgenutzt werden zur inneren und äußeren Befestigung des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Putz (Westpr.). Im Juni 1912 wurde hier nach einem viertägigen Streik der erste Vertrag abgeschlossen. Der Stundenlohn stieg dann von 36 auf 42 Pf. für Maurer und Zimmerer. Die Arbeiter gehörten damals unserer Organisation noch nicht an. Dieser Vertrag lief am 1. April d. J. ab. Im Januar wurden den Unternehmern unsere Forderungen unterbreitet. Diese enthielten vor allem die 10stündige Arbeitszeit (bisher 11) und Erhöhung des Stundenlohnes von 42 auf 52 Pf. für Maurer und Zimmerer und von 25 auf 35 Pf. für Bauhilfsarbeiter. Da die Arbeitgeber dem Arbeitgeberverbande für Westpreußen nicht angehören, so fanden die Verhandlungen ohne diesen statt. Auf Einladung der Arbeitgeber wurde am Dienstag, den 24. März, zum ersten Male verhandelt. Die Arbeitgeber boten für Maurer und Zimmerer eine Zulage von 6 Pf. pro Stunde für beide Jahre, für die Arbeiter nur 5 Pf., nachdem sie sich zunächst überhaupt geweigert hatten, für die letzteren einen Vertrag abzuschließen. Unsere Forderungen waren in der Verhandlung von 52 auf 50 Pf. und von 35 auf 3 Pf. ermäßigt worden, um den Arbeitgebern entgegenzukommen.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung, welche am eben Abend stattfand, lehnte das Angebot der Arbeitgeber einstimmig ab. Inzwischen rückte der 1. April näher, und unter unseren Kollegen bemächtigte sich eine regere Erregung. Inzwischen wuchs auch die Begeisterung für die Organisation, fast täglich traten Kollegen, hauptsächlich die Arbeiter, derselben bei. Um es nicht zum äußersten kommen zu lassen, wurden die Unternehmern zu einer nochmaligen Verhandlung zum 31. März vom Bezirksleiter geladen. In dieser Verhandlung kam am auch eine Einigung zustande. Die Arbeitszeit wird in diesem Jahre und im nächsten Frühjahr ab 1. April um je 1/2 Stunde verkürzt. Der Stundenlohn steigt für Maurer und Zimmerer sofort von 42 auf 45 Pf. und im Jahre 1915 ab 1. April auf 49 Pf. Die Bauhilfsarbeiter erhalten für dieses Jahr 30 Pf. und 1915 3 Pf. pro Stunde. Der Ueberstundenzuschlag beträgt auf bisher 5 Pf. jetzt 10 Pf., die Landzulage, wie sonst, 10 Pf. über vier Kilometer pro Tag. Außerdem muß das Jahrgeld bei auswärtigen Arbeiten jede Woche bezahlt werden; diese Bestimmung enthielt der bisherige Vertrag nicht. Ebenso werden Wasser- und Schlammarbeiten, Arbeiten mit ätzenden Substanzen, sowie schwarze Arbeiten in industriellen Anlagen mit 10 resp. 20 Pf. pro Stunde Aufschlag bezahlt. Der Vertrag läuft ebenfalls bis zum 31. März 1915. Eine von allen Mitgliedern bejohnte Versammlung stimmte nach längerer Erörterung des Kollegen Schönekeas den Vereinbarungen einstimmig zu. Unsere Putziger Kollegen haben so durch diesen Vertrag eine Lohnerhöhung von 7 Pf., die Arbeiter sogar von 8 Pf. erreicht. Für die Maurer und Zimmerer bedeutet dieses eine Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde innerhalb 3 1/2 Jahren. Diese Erfolge zeigen sich den vorjährigen, aber auch denen früherer Jahre würdig an. An diesen Erfolgen bricht aber auch die Fachabteilungs-Sophisterei elendiglich zusammen. Die gewerkschaftliche Arbeit, finanzielle Erfolge der christlichen Gewerkschaften werden auch dem letzten Arbeiter den Weg zeigen, den er in der Zukunft zu gehen hat.

Bei den Putziger Kollegen mag nun die helle Belebung, welche in der letzten Zeit herrschte, anhalten, man werden auch weitere Erfolge in der Zukunft erlangen werden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

In letzter Zeit mußte von der Zentralkasse außerordentlich viel Straporto für ungenügend frankierte Sendungen gezahlt werden. Die Vorstände der Verwaltungs- und Kassastellen weisen wir deshalb auf die postalischen Bestimmungen hin und bitten, dieselben genau zu beachten, damit diese unnötigen Ausgaben vermieden werden. Briefe bis 20 g schwer kosten 10 Pf., von 20 bis 250 g 20 Pf. Porto. Briefe über 250 g schwer sind unzulässig. Solche werden von der Post als Paket behandelt und kosten 45 Pf. Straporto. Geschäftspapieren und Drucksachen, welche mit offenem Umschlag zu senden sind, dürfen keinerlei Mitteilungen (auch nicht mit Angabe des Absenders) beigelegt werden. Der Name des Absenders ist außen auf dem Umschlag zu vermerken. Geschäftspapiere bis 250 g schwer kosten 10 Pf., bis 500 g 20 Pf. Porto. Ausgefüllte Antragsformulare, die mit dem Mitgliedsbuch zwecks Anweisung von Unterstützungen eingeleitet werden, werden von der Post als Mitteilung (Brief) angesehen und sind also derartige Sendungen auch als Brief zu frankieren. Wir bitten die Sendungen genau nach den postalischen Bestimmungen zu frankieren. In Zukunft wird bei ungenügender Frankierung die Annahme verweigert und hat dann der Absender das Straporto zu entrichten.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Jof. Wiedberg.

Entscheidungen des Haupttarifamtes

Entscheidung Nr. 54.

In Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksauschuß München, betrifft Festsetzung der Lohnerhöhung der Bauhilfsarbeiter in Bad Reichenhall, erläßt das Haupttarifamt für das Baugewerbe folgende Entscheidung mit Gründen:

Auf Grund der Verhandlungen vor dem Haupttarifamt wurde einwandfrei festgestellt, daß bezüglich Reichenhall gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, für Maurer und Bauhilfsarbeiter eine Lohnerhöhung von 2, 1, 1 und für Zimmerer von 2, 2, 2 festzusetzen, am Schlusse der Verhandlung keine Erinnerung erhoben wurde.

Ein Einspruch bezüglich der Bauhilfsarbeiter erfolgte erst, als die Einigung als vollzogen anerkannt war und die Vertreter sich bereits größtenteils entfernt hatten.

Dazu kommt, daß in dem Vorschlag Südbahern als geeinigt erklärt wurde. Bei dieser Sachlage war die Billigung eines weiteren Pienigs nicht zulässig.

Berlin, den 3. März 1914.

Entscheidung Nr. 55.

In Sachen 1. des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirk 9, Köln a. Rh. 2. des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Vermittlungsstelle Reimscheid, betreffend Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk vom 1. Oktober 1913, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

Die Entscheidung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im Bergischen Bezirk vom 1. Oktober 1913 wird aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen, da die Verweigerung der Einsicht in die von einer Vertragspartei angebotenen Beweisstücke unzulässig ist.

Gründe:

Bei der Verhandlung über die Zulässigkeit der Akkordarbeit im Bergischen Bezirk haben sich die Arbeitgeber zum Beweis, daß Akkordarbeit geleistet ist, erboten, Originalverträge und Abrechnungen vorzulegen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß nur der Vorsitzende persönlich und allein Einsicht nehme. Der Vorsitzende hat daraus festgestellt, daß Akkordarbeit geleistet ist, und demgemäß ist — nachdem die Arbeitnehmer vergeblich Einsicht in die Beweisstücke gefordert hatten — die Entscheidung gefällt.

Es ist ein Gebot prozessualer Gerechtigkeit urkundliche Beweise allen Prozeßbeteiligten zugänglich zu machen. Die Schlussfolgerungen, die der Vorsitzende aus den Beweisstücken gezogen hat, können weder für die Zeugen des Einigungsamtes noch auch für die den Vertrag schließenden Organisationsvertreter bindend sein, wenigstens solange nicht die Beteiligten auf dieses Recht verzichtet haben. Dieses Recht ist nicht nur durch das Prozeßrecht im ordentlichen Verfahren begründet, sondern auch in analoger Weise wiederholt von den Vertragsteilen und Zeugnissen im ehemaligen Zentralschiedsgericht gefordert. Insbesondere ist auch von Vertretern des Arbeitgeberverbandes mit Recht Einspruch dagegen erhoben, wenn den Unparteiischen von der anderen Seite Beweisstücke vorgelegt wurden, von denen erstere keine Kenntnis hatten. Wenn in Fällen, wie in dem vorliegenden, die Arbeitgeber bei Vorlegung ihrer Geschäftsbücher ein Interesse daran haben, daß sie vertraulich behandelt werden, so müssen die nötigen

Vorkehrungen getroffen werden, durch die solche berechtigten Wünsche berücksichtigt werden. Insbesondere sind alle Momente, die nicht unmittelbar für die Beweisführung erforderlich sind, bei der Einsichtnahme auszuschalten. Auf jeden Fall bedarf es des ausdrücklichen Verzichtes der Beteiligten auf die Einsichtnahme, wenn eine solche durch den Vorsitzenden allein für die Entscheidung bindend sein soll.

Berlin, den 3. März 1914.

Entscheidung Nr. 56.

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung), betrifft 1. Berufung gegen die Entscheidung des Ortstarifamtes München vom 15. September 1913, 2. Festsetzung des Fristlaufes der Tarifverträge, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

1. Die zweimonatige Frist des § 5 des Hauptvertrages läuft von der Genehmigung seitens der Zentralvorstände ab.

2. Die Zentralvorstände sind verpflichtet, die Erledigung der Differenzpunkte zu beschleunigen und womöglich die Verträge sofort zu unterzeichnen. Die örtlichen- und -bezirks-Organisationen haben die Pflicht, die abgeschlossenen Verträge sofort zur Genehmigung weiterzugeben.

Gründe:

Zu 1: Gemäß § 5, Ziffer 3, des Hauptvertrages sind die örtlichen Organisationen verpflichtet, innerhalb längstens zwei Monaten nach Abschluß des Vertrages einen Akkordtarif zu vereinbaren. Es trägt sich nun, von welchem Zeitpunkte an diese zweimonatige Frist läuft, ob vom Augenblick der Unterzeichnung des Vertrages seitens der örtlichen Organisationen oder der Genehmigung der Zentralvorstände gemäß § 11 des Vertragsmusters.

Schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen entschied sich das Haupttarifamt für die zweite Alternative; bei gegenseitiger Auffassung wäre die Gefahr gegeben, daß die örtlichen Organisationen in meist sehr schwierigen und umfangreichen Verhandlungen einen Akkordtarif festlegen, nachträglich aber die Zentralvorstände die Unzulässigkeit von Akkordarbeit überhaupt betreiben und durchsetzen.

Zu 2: Es liegt im Interesse der wirksamen Durchführung des Reichstarifvertrages daß die örtlichen Tarifverträge nunmehr in kürzester Frist zum formellen Abschluß gelangen. Die Zentralvorstände haben daher mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die örtlichen Organisationen dem unhaltbaren schwebenden Zustand umgehend durch Erledigung der Tarifverträge ein Ende bereiten.

Berlin, den 3. März 1914.

Entscheidung Nr. 57.

In Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Gera/Neuß, betreffend Antrag auf Entscheidung, daß der Arbeitgeberverband für Gera verpflichtet ist, die noch bestehenden Differenzen durch die zweite Instanz entscheiden zu lassen, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

Der Arbeitgeberverband für Gera/Neuß ist verpflichtet, die noch bestehende Differenz durch die zweite Instanz entscheiden zu lassen.

Gründe:

Bei den Vertragsverhandlungen in Gera/Neuß haben die Arbeitnehmer beantragt, auch über Zusätze für Stuck- und Rutzarbeiten zu verhandeln und eine Entscheidung herbeizuführen. Die Arbeitgeber haben das abgelehnt, mit der Begründung, daß dieser Punkt durch den Schiedspruch der Unparteiischen erledigt sei.

Dem Antrag war stattzugeben. Das Verlangen der Arbeitnehmer stützt sich auf die Behauptung, es sei bisher im Vertragsgebiet üblich gewesen, besondere Zuschläge für die genannten Arbeiten zu zahlen. Es solle mithin versucht werden, die bisherige Gepflogenheit vertraglich festzulegen. Einer Verhandlung über eine solche für das Vertragsgebiet wichtige Frage können sich die Arbeitgeber um so weniger entziehen, als es wünschenswert erscheint, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie tatsächlich vorliegen, vertraglich zu sichern.

Berlin, den 4. März 1914.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß mit dem 1. März die Beitragszahlung wieder begonnen hat. Am Sonntag, den 12. April ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

Allenstein. (Bauhilfsarbeiter.) Infolge verschiedener Ursachen war das Interesse an der Organisation unter den Bauhilfsarbeitern fast vollständig geschwunden. Die Folge davon war, daß es die Unternehmer auch

nicht für nötig hielten, den Tariflohn zu zahlen. Die Kollegen sind nun zu der Einsicht gekommen, daß es so nicht mehr weitergehen kann, und daß sie durch ihr Verhalten auch die Interessen der Gesellen schädigen. Ein reger Eifer für die Organisation hat nun eingesetzt, es fanden Besprechungen der Kollegen statt, und am Freitag, den 27. März, die erste Versammlung. Kollege Föllmer hielt einen Vortrag über die Erfolge der Organisation, dem die Kollegen mit lebhaftem Interesse folgten. Daran schloß sich eine rege Aussprache der Kollegen, in der jeder der Überzeugung Ausdruck gab, daß wir am 1. April so stark sein müssen, um unseren Tariflohn, wenn nötig, zu erkämpfen. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: Pofall als erster und Franz Jaskowski als zweiter Vorsitzender; Komalowski als erster und Nauna als zweiter Schriftführer; als Hauskassierer Sjerzant und Laitel; als Zehrenträger Franz Kuchowski, Saalmann und Ambroski. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, mit allen Kräften jetzt für die Erhaltung der Organisation einzutreten. Kollegen, so haben wir nun wieder die Organisation hergestellt. Jetzt gilt es für jeden Kollegen zu arbeiten, damit auch der letzte Bauhilfsarbeiter von Allenstein unserem Verbande zugeführt wird. Dann sind wir auch in der Lage, unsere Rechte zu vertreten und uns gegen ungesetzliches Unrecht zu wehren. Bleibe keiner zurück! Hoch die Einigkeit der Kollegen!

Gelsenkirchen. Am 7. März fand die Generalversammlung der Jahreshelle der Zimmerer und Dachdecker statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht über die Schlichtungskommissionssitzung. 2. Geschäftsbericht. 3. Kassenbericht vom 1. Quartal und vom Jahre 1913. 4. Vorstandswahl. 5. Festsetzung der Lokalzuschläge. 6. Antrag auf Unterstützung. 7. Bericht über die Verwaltungskassenrechnung. 8. Wahl von je fünf Delegierten für Zimmerer und Dachdecker nach Bochum. Zu Punkt 1 erläuterte der Vorsitzende, Kollege Jahn, Bericht. Er gab bekannt, daß es sich in der letzten Sitzung um eine Veronfirma aus Duisburg gehandelt habe. Dieselbe führt eine Arbeit auf Jede Graf Wiemar aus. Das Urteil ist zugunsten der Kollegen ausgefallen, die Firma muß den Höheren Lohn bezahlen. Da dieselbe sich aber nicht dazu bereit erklärt, freiten die Kollegen an der Versammlung weiter. Hierauf ging der Vorsitzende zum Geschäftsbericht über. Es haben 23 Versammlungen stattgefunden, davon 9 gemeinsam mit den Maurern, ferner 10 Vorstandssitzungen von unserer Seite allein und 8 gemeinsam mit den Maurern. Es seien 120 Karten an Mitglieder, 30 an Beihilfsmitglieder und 25 Zeitungen verschickt worden. Ferner hätten 2 Verhandlungen mit den Arbeitgeber für Zimmerer und 3 für Dachdecker stattgefunden, eine Kartelldelegiertenversammlung, 2 Kartellvorstandssitzungen, 5 Sitzungen betr. Krankentassenwahlen, eine betr. Jungerrententasse, 3 Krankentassenvertreterversammlungen, 4 Verwaltungskassen-Vorstandssitzungen und 4 Verwaltungskassen-Delegiertenversammlungen. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Boden das Wort zum Jahresbericht. Es wurden im Jahre 1913 verkauft: 101 Wochen à 20 Pf., 283 à 70 Pf., 61 à 60 Pf., 23 à 50 Pf., 60 à 30 Pf., 856 à 10 Pf., 83 Jugendrenten à 10 Pf.; das macht eine Einnahme von 1713,20 Mark. Im Jahreshaushalt 1912 hatten wir 72,42 Mark in der Kasse, und am Schlusse des Jahres 1913 123,32 Mark, mithin ein Mehr von 50,90 Mark. Im Laufe des Jahres sind 138,90 Mark an die Verwaltungskasse abgeführt worden. Für Auftragen der „Baugewerkschaft“ wurden 5,25 Mark für Porto und Schreibmaterial 16,62 Mark, für das Kartell 38,50 Mark und für Verzeichnis der Kassen 31,24 Mark veranschlagt. Die Mitglieder haben im Berichtsjahr 30,35 Mark an Beiträgen im letzten Jahre gezahlt. In der Diskussion sprach Kollege Wolke. Er bemerkte, daß unsere Jahreshelle ein sehr reiches Jahr hinter sich hätte, woraus sie freudig zurückblicken dürfe. Demzufolge erfolgte der Bericht der Revisoren. Sie hatten alles in bester Ordnung vorgefunden und beantragten für den Kassierer die Entlassung. Dieselbe wurde auch einstimmig erteilt. Sodann ging man zur Vorstandswahl über. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: Erster Vorsitzender Robert Boden (Dachdecker), zweiter Vorsitzender Rog (Dachdecker), erster Kassierer Jahn (Zimmerer), zweiter Kassierer Stang (Zimmerer), erster Schriftführer Oeff (Dachdecker), zweiter Schriftführer Jahn (Zimmerer), Revisoren Sommer und Engel, Verwaltungskassenbelegierte Sommer und Boden, Kartellbelegierte Jahn und Boden, Kartellkassierer Hilamp und Stang, Hauskassierer Jahn, Rog, Bohr und Boden, Verhandlungskommission Stang und Pöfing. Der Vorsitzende, Kollege Jahn, dankte den Versammelten, daß sie seinem Wunsch Gehör gegeben und ihn seines Amtes entheben hätten. Er wolle sich freuen, wenn der nächste Vorsitzende am Schlusse des Jahres ein Lob bekäme, daß dieser seine Sache brünnel so gut gemacht hätte, wie er selber. Weiter wurde über Festsetzung der Lokalzuschläge berichtet. Es wurde vorgeschlagen, daß dieselben beibehalten werden sollen wie bisher, also jeden Monat 10 Pf. Unterstützung zur Erhaltung der Lokalkasse. Es wurde beantragt, den der Verrechnungsscheine und dabei bemerkt, daß jeder, der hierzu seine Beiträge nicht erfüllt, keine Karte „Mittel erfüllt“ ins Buch bekommt. Dann war noch ein Antrag auf Unterstützung eingegangen. Der Antrag war von Kollegen Kuchowski gestellt worden. Es wurden ihm 100 Mark zur Unterstützung bewilligt. Die Wahl der Delegierten ging gleich nachher, demnach wählten sich verschiedene Kollegen für den 1. April an den neuen Vorstand. Kollegen, daß sie auch bei der neuen Vorstandswahl teilzunehmen.

ber besten in der Verwaltungsstelle gewesen sei. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung fand die gut besuchte Versammlung ihren Schluß.

Großenbaum. Am Sonntag, den 15. März, fand unsere Generalversammlung im Lokale Hausenheim statt. Trozdem die Kollegen durch Handzettel eingeladen waren, war der Besuch ein sehr mäßiger. Kollege Kätel gab den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß auch in Großenbaum die Arbeitslosigkeit wesentlich im Jahre 1913 nachgelassen hat, sowohl im Privat- wie auch im Industrie-Baugewerbe. Die Lohnbewegung auf dem hiesigen Werke habe einen nur zum Teil befriedigenden Verlauf genommen. Nicht allein, daß der von der Werkleitung versprochene Lohn um 2 Pf. reduziert wurde, nein, auch das Solidaritätsgefühl hat im genannten Zeitpunkt viel zu wünschen übrig gelassen. Ebenso habe die Ortskrankenkassenwahl Angermund nicht ganz befriedigt. Die Wähler von Buchholz und Hufingen haben fast vollständig verlagert, hätte nur ein Bruchteil gewählt, dann wäre das rote Element im Vorstande vollständig ausgeschaltet worden. Auch dem alten Vorstande der Ortskrankenkasse kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er bei Einleitung der Wahl sich von wenig sozialem Verständnis leiten ließ. Es zeigte von wenig Verständnis, den Wählern zuzumuten, Wege von 3-3 1/2 Stunden zu Fuß zu machen, um das Wahlrecht auszuüben. Bei der Gewerbegerichtswahl im Landkreise Tüschdorf hat der Apparat der christlich-nationalen Wähler fast vollständig verlagert zum Schaden unserer nationalen Arbeiterkraft. Diese Mängel, die sich in diesem Jahre hier gezeigt haben, müssen unter allen Umständen ausgerottet werden. Die Agitation für unseren Verband wurde durch die geringe Arbeitslosigkeit wesentlich erschwert. Aufgenommen wurden in Großenbaum-Gudingen im Berichtsjahr 30. Die Durchschnittsmittelgliederzahl beträgt 47. In Beitragsmarken wurden umgekehrt 1880. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahr 1546,45 Mark. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr machte sich bezüglich der Einnahmen ebenfalls sehr fühlbar. War das Berichtsjahr 1913 für uns unbefriedigend, so können wir doch auf der anderen Seite mit dem für uns Erreichten zufrieden sein. Allem Anschein nach wird auch die Bau-tätigkeit in diesem ersten halben Jahre sich nicht besonders heben. In eine wesentliche Zureife fremder Kollegen kann wohl nicht gedacht werden. Daher muß auf der anderen Seite versucht werden, das Bestehende zu halten; und da wir noch eine große Anzahl unorganisierten Bauarbeiter im Gebiete haben, dieselben für uns zu gewinnen. Letzteres werden wir aber nur dann erreichen können, wenn jeder Kollege mit aller Entschiedenheit und Verbehrung für unseren Verband überall eintritt. Zur unbedingten Komwendigkeit gehört aber auch ein regelmäßiger Besuch der Versammlungen. Derjenige, der selten eine Versammlung besucht und das Verbandsorgan ungelesen als Bunterbrotpapier benutzt, ist nur ein halber Gewerkschaftler. Solche sind auch gewöhnlich diejenigen, welche an allen Verbandsversammlungen recht viel auszusprechen haben. Wollen wir alles dieses ausmerzen, so muß das Grundprinzip des Verbandes, das Solidaritätsgefühl, mehr als bisher wieder Platz greifen. Gegen wir nicht allein den materialistischen Gedanken, sondern treten wir auch ganz entschieden für die hohen ideoellen Ziele der christlichen Gewerkschaften ein. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nun heißt es für uns Großenbauer und Hufinger, wieder an die Arbeit, nicht eher wollen wir ruhen und rasten, bis der letzte Bauarbeiter unserer Gemeinde, dem christlichen Bauarbeiterverband, angehört.

Unterhänichen (Baden). Am Sonntag, den 15. März, fand hier eine Versammlung zwecks Einleitung der Frühjahrsagitation statt. Bezirksleiter Geurich hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Alle Ereignisse des letzten Jahres, Kaiser Gewerkschaftsprozess, Berliner Arbeiterkongress, sowie die Bestrebungen der Scharfmacher um Einigung des Koalitionsrechtes, fanden ihre richtige Würdigung. Eingehend verbreitete sich Kollege Geurich über die gewerkschaftliche Lage in Baden und forderte zum Schluß die Mitglieder auf, ihre ganze verfügbare Zeit und Kraft in den Dienst der Agitation zu stellen, damit der christliche Bauarbeiterverband in Baden immer mehr erblühe. In der Diskussion wurde dem Bezirksleiter vom Kollegen Wegel Anerkennung gezeigt für seine rastlose Tätigkeit, den Verband auch in Baden voranzubringen. Die Kollegen versprachen, in der Agitation nicht erlahmen zu wollen, die Verwaltungsstelle Hedberg müsse in diesem Jahre auf 250 Mitglieder gebracht werden. Also, Vertrauensleute, Mitglieder der Verwaltungsstelle Hedberg, an die Arbeit: agitiert, organisiert. Unsere Parole heißt: Vorwärts!

Endau. Am Sonntag, den 8. März, fand in der Jahreshelle Schlabenborn s. Endau eine gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Krüger, dankte, erwähnte dieselbe mit einer Begrüßung der Erbauenen und erteilte dem Revisor, Kollegen Schneider (Kottbus), das Wort zu dem Thema: „Die Entwicklung und Bedeutung der Tarifverträge und die Aufgaben des Lohnschlichterverbandes“. Der Redner führte aus den Entwicklungsgang der Tarifverträge der Vergangenheit, der organisierten Arbeiterkraft, Berichte über Lohn und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitgebern abzumachen, wurde von letzteren unzulänglich paroliert. Die Arbeiter sollten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mitbestimmen haben, das sei lediglich Sache des Arbeitgebers, welcher, wie man sich ausdrückte, „herr im Hause“ sein wolle. So kam es oft wegen dieses Einseitigkeits auf erheblichen Streit. Da selbige sich nicht lösen ließ, so wurden die Arbeiterorganisationen in der Regel nicht zugezogen, weil die nichtstaatlichen Lohnverhältnisse für letzteren Kollegen lange Wochen lang nicht zu ändern. Damit wurde der praktische Lohnkampf einseitig, und es geschah, daß der Arbeitgeber sich nur gegen die Arbeiterorganisationen, welche die einzelnen Fälle und Streitigkeiten zu entscheiden

und für die Bauarbeiter erhebliche Lohnverbesserungen brachten. Das wurde dem Arbeitgeberbunde für die deutsche Baugewerbe ein Dorn im Auge. Man suchte nun fortan systematisch nach einem Mittel, sich der Arbeiterorganisationen und der Tarifverträge zu entziehen. Das Mittel war gar bald gefunden. In systematischen Vertragsabschlüssen mit einheitlichem Ablaufstermin allen Landesteilen Deutschlands hatte es der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe erreicht, daß im Frühjahr 1908 fast alle Tarifverträge abliefen. Hatte der Arbeitgeberbund die Möglichkeit, falls es beliebt, eine Aussperrung aller Bauarbeiter in Deutschland vorzunehmen und die Kassen zu zerstreuen, und die Verbände auf Jahre hinaus zurückzuwerfen, so der Arbeitgeberbund im Jahre 1908 große Lust zeigte, mit vieler Mühe gelang es, unter Mitwirkung von Unparteiischen die im Jahre 1908 ablaufenden Verträge auf zwei Jahre zu verlängern. Im Frühjahr 1910 schloß der Arbeitgeberbund den Organisationen einen Mißvertrag zur Unterzeichnung vor, welcher für die Bauarbeiter große Verschlechterungen gebracht hätte, wenn ihn die Organisationen anerkannt hätten. Der Mißvertrag wurde daher abgelehnt. Da erklärte der Arbeitgeberbund die Aussperrung aller deutschen Bauarbeiter. Diese bis zwölf Wochen dauerte diese Aussperrung. Opferstern und die Ausbau der deutschen Bauarbeiter war groß. Schließlich kam es unter Mitwirkung von Unparteiischen auf Grund eines Stiefspruches mit einer sehrlichen Lohnverbesserung zu einem neuen Vertragsabschluß, welcher bis Frühjahr 1913 Gültigkeit besaß. Doch auch im Frühjahr 1913 gelang es wiederum unter Mitwirkung von Unparteiischen, einen neuen Tarifvertrag mit 3-9 Pf. Stundenlohnverbesserung abzuschließen, welche bis Frühjahr 1916 Gültigkeit hat und für alle Orte Betracht kommt, wo bei Abschluß desselben Organisationen bestehen. Schöne Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind durch Abschluß von Verträgen erreicht worden. Die Vorbedingung zum Abschluß der Verträge ist die Einigkeit der deutschen Bauarbeiterschaft einerseits und der Arbeitgeber andererseits. Darum es Pflicht eines jeden Bauarbeiters, sich in die Reihen der Verbandskollegen hineinzustellen. In der anschließenden Diskussion wurde im Sinne des Referenten gesprochen. Nachdem alsdann beschlossen war, die Jahreshellenbibliothek etwas zu erweitern und zur Aufbewahrung der Schriftstücke und Bücher ein Schränkchen anzuschaffen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Sonnabend, den 8. März, war in Endau Versammlung. Auch diese war gut besucht; dort wurde ebenfalls Anschaffung eines Schränkchens einstimmig genehmigt. Die Versammlung wurde vom Kassierer Otto Schwie geleitet. — Die nächste Mitgliederversammlung Endau findet nicht am 5. April, sondern am zweiten Osterfesttag, den 13. April, statt. Tagesordnung: 1. Jahresabschlussfassung über Ergänzung der Bibliothek. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Heinhold Krüger

Bezirk Münster. Am Sonntag, den 8. März, hielt wir in Bingen unsere Bezirkskonferenz ab. An derselben nahmen 55 Delegierte teil als Vertreter von 37 Baustellen. 3 Jahreshellen hatten keine Delegierten entsandt. Vom Zentralvorstand nahm Kollege Wieberg an der Konferenz teil. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht des Bezirksleiters und der Delegierten. 2. Bericht des Bezirksvorstandes. 3. Erledigung gestellter Anträge. 4. Vortrag: „Unsere Arbeiten im Jahre 1914.“ Nach der Wahl des Vorstandes zur Leitung der Konferenz getätigt war, nahm der Bezirksleiter Müller zu seinem Bericht das Wort. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen:

Wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns: Erneuerung des Tarifvertrages, Krankentassenwahlen, christlicher Gewerkschaftskongress und den für uns so günstig ausgefallenen Gewerkschaftsprozess. Die Fluktuation an den Mitgliedern sei sehr groß; wir müßten unser Augenmerk darauf richten, dieselbe einzudämmen. Die Zukunft müßte es unsere erste Aufgabe sein, die aufgenommenen Mitglieder so zu erziehen, daß sie dem Verbande treu bleiben; auch müßten wir dahin arbeiten, dem Verbandsrecht viele Augenblicke zuzuführen. Zahl der Jugendlichen habe sich ja wohl vermehrt, können aber nicht befriedigen. Auf die Spezialgruppen in den Betongewerbe müßten wir in der Agitation mehr als bisher unser Augenmerk lenken. Unser Verband in der Berichtszeit in neun Orten neu eingeführt worden. Der gesamte Mitgliederzuwachs betrage 650. Wir müßten aber allen Ernstes versuchen, in den nächsten Jahren die Zahl um 1000 zu erhöhen. Im großen und ganzen sei die Entwicklung eine gesunde zu nennen. Kassenverhältnisse hätten sich ebenfalls gut entwickelt. Die Gesamteinnahme betrug 129 924,60 Mark, gegen 1910 und 1911 ein Mehr von 23 133,20 Mark. Der Zehntelasse wurden 15 731,35 Mark mehr zugeführt. Die Zehntelasse hatte eine Einnahme von 7747,95 Mark und eine Ausgabe von 3136,91 Mark zu verzeichnen. Der Kassenbestand betrug 4611,04 Mark. Marken seien gelebt 1913 34,58 und 1912 34,58 pro Mitglied. Es hätten aber beinahe 26 Marken sein müssen. Wenn wir bis zum Jahre 1918 unser Kassenvermögen auf 3 Millionen bringen wollten, so müßte hier eine Verbesserung eintreten. Zum Schluß forderte Kollege Müller die anwesenden Delegierten auf, in derselben Weise weiterzuarbeiten, in den beiden vorhergehenden Jahren. Auf uns vorbereiten dürfen wir nicht ausruhen. Auf Antrag des Referenten wurde dem Kassierer, Kollegen Müller, Entlassung erteilt.

Aus den Berichten der einzelnen Delegierten zu ersehen, daß das Baudelegiertenwesen besser ausgebaut werden müsse, auch in betreff Bauarbeiterschutzes noch vieles zu verbessern. Im großen und ganzen konnten die Delegierten aber eine gute Entwicklung einzelner Jahreshellen berichten. Daraufhin wurde der Wahl des Bezirksvorstandes vorgenommen. Der

setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Bezirksleiter: Müller-Münster; Landzettel-Lingen, Arimann-Nordhorn, Nieshaus-Meine, Dnebrink, Schürmann, Dumenig-Münster. Als Revisoren wurden die Kollegen Striet-Meine, Hellenkamp-Dsnabriel und Rappen-Münster gewählt.

Darauf wurde für die Beratung der Anträge eingetreten. Zur Beratung standen folgende Anträge: 1. Abänderung der Tagesordnung dahingehend, Punkt 1 der Tagesordnung an zweiter Stelle zu behandeln. 2. Die Zahl der zu den Bezirkskonferenzen zu entsendenden Delegierten ist wie folgt festzusetzen: a) Jede Zahlstelle ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden. b) Sie kann aber für je 100 Mitgliedern einen und für die angefangenen 100 einen weiteren Delegierten entsenden. 3. Daß die Zahlstellen Teigte, Sendenhorst, Gwoeden und Borgdorf die Lokalausschläge für diejenigen Mitglieder, welche seit der letzten Bezirkskonferenz und für die kommende Zeit in Münster arbeiten, an die Verwaltungsstelle Münster abführen. 4. Daß diejenigen Verwaltungsstellen, deren Abrechnungen in Zukunft nicht am 20. des dem Quartalschluß folgenden Monats beim Bezirksleiter eingelaufen sind, in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und aufgefordert werden, ihren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen. Dasselbe hat mit denjenigen Zahlstellen zu geschehen, welche bis zum angegebenen Termin im 3. und 4. Quartal ihren Bezirksbeitrag nicht eingekandt haben. 5. Die Zahlstellen sollen beauftragt werden, in ihren Orten eine Bauarbeiterprüfungskommission einzuführen und diese im Bezirk zu einer Zentralkommission zu vereinigen. Die oben angeführten Anträge wurden von den Delegierten einstimmig angenommen. Die von Meie und Sendenhorst gestellten Anträge auf Umänderung der Bezirksbeiträge wurden abgelehnt. Des weiteren wurde beschlossen, die nächste Bezirkskonferenz in Dülmen abzuhalten.

Dann hielt der Zentralvorsitzende Wiebeberg aus Berlin einen Vortrag über die im Jahre 1914 zu leistende Arbeit. Er zeichnete ein treffendes und klares Bild der Gegner der christlichen Gewerkschaften und zeigte Wege, wie diesem wirksam begegnet werden könnte. Eregisch wandte er sich gegen die Feinde des Koalitionsrechtes, sowie der Arbeiterrechte überhaupt, wobei er besonders auf das Kartell der schaffenden Stände, Prof. Bernhardt usw. hinwies. Die einzige Antwort als Arbeiter sei die, daß durch intensive Agitation den christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und dem christlichen Bauarbeiterverbände im besonderen Tausende neuer Mitglieder und damit Mitarbeiter für die Arbeiterrechte zugeführt werden.

Um die Kassenverhältnisse günstig zu gestalten, wäre es nötig, die statutarischen Beiträge zu zahlen. Wir müssen uns nach Kräften bemühen, alle fernstehenden Kollegen für unseren Verband zu gewinnen. Kollege Müller dankte dem Referenten für seine lehrreichen Worte und schärfte den Delegierten ein, die hier angenommenen Anträge auch durchzuführen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter schloß Redner die Konferenz. N. D.

Vorber. Am Sonntag, den 15. März, vormittags 1 Uhr, fand im Verbandslokal bei Mühlhoff unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war: Jahres- und Kassenbericht, Vorstandswahl, verschiedenes. Kollege Müller als erster Vorsitzender leitete die Versammlung und berichtete ausführlich über das Jahr 1913. Nachdem er die Konjunkturverhältnisse besprochen hatte, kam er auf den Abschluß des Tarifvertrages zu sprechen. Redner meinte, wenn im vergangenen Jahre nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen sind, so hoffen wir doch, daß beim erneuerten Vertragsabschluß Vorber mit Essen gleichgestellt wird. Auch auf den industriellen Werken sei eine Anzahl Kollegen eine Verbesserung durch unsere Organisation erzielt worden. Auf der Zinkhütte erhielten unsere Kollegen einen Mehreinkommen von 40 Pf. pro Tag. Bei den stattgefundenen Wahlen, Krankenkassen- und Gewerbergerichtswahlen, siegten die Kandidaten der christlichen Listen mit großer Majorität. Durch den Arbeitsnachweis des Kollegen Müller wurde eine Anzahl Kollegen in Beschäftigung gebracht. Auch in der Sammlung der jugendlichen Kollegen taten die Mitglieder viel. In diesem Jahre waren wir doch am Schluß des zweiten Quartals 40 jugendliche und am Schluß des Jahres 33. Die Zahl wäre höher, wenn nicht schon eine Anzahl von ihnen in die Reihen der älteren Kollegen treten wäre. Unsere Mitgliederzahl hat sich gegen das Vorjahr um 24 erhöht. Versammlungen fanden am 23. Vorstandssitzungen 20 und 8 Sitzungen mit Extravoten. Die Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht. Nachdem der Vorsitzende allen Kollegen und ganz besonders unserem Lokalbeamten Bernward Kirchner von Essen für ihr unermüdetes Zusammenarbeiten im Auftrage des Vorstandes gedankt hatte, erhielt der erste Kassierer, Kollege Overhagen, zum Kassenbericht das Wort. Die Gesamteinnahme aus dem Kartenverkauf betrug 3366,50 M., die Ausgaben der Verwaltungsstelle 735,68 M., mithin an die Verwaltungsstelle Essen gesandt 3130,82 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1102,76 M., die Ausgabe 618,31 M., bleibt ein Lokalkassenbestand für 1914 von 484,45 M., von 481,80 M. auf einer Sparkasse zinstragend angelegt. Die Revisoren Thomas und Jey berichteten über die Versammlung, daß sie die Abrechnung, Kasse, Belege und Bücher geprüft und alles in bester Ordnung gefunden; bei der letzten Revision sei Kollege Joseph Bach von Essen selbst mit dagewesen und habe mitgeprüft. Dann erteilte die Versammlung dem Kassierer, welcher diesem Jahre das zehnte Mal die Kassenführung übernimmt, durch Erheben von den Händen die Entlassung. In den Vorstand gewählt: Wilhelm Müller als erster Vorsitzender (welcher die Zahlstelle Vorstandsvorsitzender leitete), Wilhelm Wagenbach als zweiter Vorsitzender, Heinrich Overhagen als erster Kassierer, Johann Kemmer als zweiter, Theodor Brüter als erster

Schriftführer, Joseph Smigalski als zweiter, Eulberg, Klüngenberger, Ott als Beisitzer, Thomas und Hoehhaus als Lärkontrollen, Jey und Thomas als Revisoren, Verwaltungsstellen-Delegierte Müller und Overhagen, Erasmänner Weigel und Thomas, Kartelldelegierte Müller, Overhagen, Hilbers, Weigel und Bergsbach. Die Gewählten versprachen, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft ihre Pflicht treu zu erfüllen. Sodann hielt Kollege Kirchner-Essen ein kurzes Referat. Er besprach die Aufgaben aller Kollegen am Orte. So wie in vergangener Zeit muß weitergearbeitet werden. Nachdem im Punkt verschiedenes noch einige interne Angelegenheiten der Zahlstelle erörtert waren, schloß unser Vorsitzender, Kollege Müller, die Versammlung mit dem Wunsch: Niemals wollen wir vergessen, daß nur Einigkeit, Opferfreudigkeit und Solidarität die Organisation zusammenhalten und zum Erfolg führen können. Nun wohlau, Kollegen! Unter dieser Devise wollen wir gemeinschaftlich miteinander und füreinander arbeiten in dem begonnenen Jahre. Möge dasselbe zum Vorteil für uns und unsere Organisation werden. Mit einem dreifachen, donnernden Hoch auf unseren Verband wurde die Versammlung um 3 Uhr geschlossen.

Dyppeln. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 15. März, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche leider schlecht besucht war. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag. 4. Verschiedenes. Kassierer Sydho erstattete den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden die alten Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Kollege Erhardt (Kattowitz) richtete in seinem Vortrage an die versammelten Kollegen den Appell, an der Weiterentwicklung unserer Verwaltungsstelle kräftig mitzuarbeiten. Im Punkt verschiedenes wurde über einige Sachen gesprochen und hierauf die Versammlung geschlossen. Hierzu sei noch bemerkt, daß einige Tage vorher bei einer Versammlung in der Zahlstelle Czarnowanz, gehörend zur Verwaltungsstelle Dyppeln, die Kollegen Stanislaus Michowol, Andreas Hyla und Franz Michalla als Vertrauensmänner gewählt wurden, was in einem in der „Baugewerkschaft“ schon erstatteten Bericht anzugeben vergessen wurde.

Schwerte (Ruhr). (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 8. März, fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Vortrag des Kollegen Schmalstieg aus Dagen, 4. Verschiedenes. Den Jahres- und Kassenbericht gab Kollege Ignaz Kohl. Im wesentlichen führte Kollege Kohl folgendes aus: Die Bautätigkeit sei im vergangenen Jahre eine zufriedenstellende gewesen. Alle unsere Kollegen hätten jedoch nicht verstanden, mit Erfolg für die Organisation zu arbeiten. Der Versammlungsbesuch sei schlecht gewesen, obwohl sich der Vorstand bemüht habe, die Versammlungen mit einer gut ausgearbeiteten Tagesordnung zu versehen. Sehr gut hätten wir jedoch bei der Krankenkassenwahl abgeschrieben. Die Genossen hätten bislang in Schwerte die Kasse auf Grund der Majoritätswahl ganz in Händen gehabt. Mit allen Mitteln hätten sie auch in diesem Jahre gearbeitet, um die Majorität zu behalten. Wegen eines geringen Formfehlers sei unsere Liste bei der ersten Wahl für ungültig erklärt worden. Allerdings hätte der Vorstand mit diesem Vorgehen kein Glück gehabt. Das Versicherungsamt erklärte unsere Liste für gültig. Bei der neu folgenden Wahl haben wir 11 und die Genossen 13 Vertreter bekommen. Dies sei die erste soziale Wahl, an der wir uns beteiligt hätten. Dieser schöne Erfolg berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Wenn alle unsere Kollegen ihre Pflicht tun, hat es mit der Macht der Genossen hier in Schwerte bald aufgehört. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild: Einnahme 1913 1070,95 M., Abgabe an die Zentrale 953,02 M. Die Lokalkasse hatte mit dem Kassenbestand von 1912 eine Einnahme von 117,99 M. und eine Ausgabe von 84,63 M., so daß ein Bestand von 33,36 M. zu verzeichnen ist. Wir hatten 37 Neuaufnahmen. Die Vorstandswahl ergab folgendes: erster Kassierer wurde Joh. Kröger, zweiter Paul Rommelt; Schriftführer Leo Feldmann und Jos. Groß; Revisoren Franz Reibel und Emil Dreht. Sodann sprach Kollege Schmalstieg über die augenblickliche Lage im Baugewerbe. Er kam dabei auch auf die Vorgänge der letzten Zeit zu sprechen und kam zum Urteil, daß die Bahn zur Fortwärtsentwicklung für uns frei sei. Jetzt heißt es, alle Mann an die Arbeit! Schwerte, das bislang als eine Hochburg der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegolten hat, müsse eine Hochburg des christlichen Bauarbeiterverbandes werden. Reicher Beifall wurde dem Referenten für seine schönen Ausführungen zuteil. Im Punkt verschiedenes gab der Vorsitzende bekannt, daß die Genossen auf Wunsch der Arbeitgeber sich damit einverstanden erklärt hätten, den Lehntag vom Freitag auf Mittwoch zu verlegen. Dieses Vorgehen wurde allgemein verurteilt und Kollege Schmalstieg beauftragt, Schritte zu unternehmen, damit der Tarifvertrag respektiert wird auch in dieser Beziehung. Die schon verlaufene Versammlung wurde mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband geschlossen.

Wisdorf. In der letzten Vorstandssitzung legte der zweite Vorsitzende, Kollege Frick, sein Amt nieder; an dessen Stelle wurde in der Mitgliederversammlung der Kollege Karl Matejka gewählt. Ferner wurde an Stelle des bisherigen ersten Schriftführers, jetzigen ersten Kassierers, Kollegen Weirich, der Kollege Albert Schmidt gewählt; als Hauskassierer wurde gewählt der Kollege Joh. Kint jun.; des weiteren meldete sich der Kollege Pet. Ahbach in lobens- und dankenswerter Weise freiwillig als Hauskassierer, der die Kollegen in den weit-entfernten Bezirken bedienen muß. Den zur reisenden Kollegen zur Beachtung: Unser Verbandslokal befindet sich bei Herrn Andreas Schmitz (früher Knipper).

Trockene Wände
durch 2. echten Kosmos-Tafeln.
Prospekt Nr. 612a und Muster umsonst.
A. W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

Dort können Anmeldungen erfolgen, auch beim ersten Kassierer, Kollegen Weirich, Kaiserstraße, Ecke Karls-Bevertus-Straße 57.

Wattenscheid. Am 14. März fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag. 4. Verschiedenes. Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß im letzten Jahre die Zahlstelle keine wesentlichen Fortschritte gemacht hat. Die Ursache war die schlechte Konjunktur im Baugewerbe. Jammershin hätten auch die Kollegen besser auf dem Posten sein müssen, im besonderen war der Versammlungsbesuch recht mangelhaft. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Alle Kollegen versprachen, in diesem Jahre das Versäumte nachzuholen. Kollege Beck-Gesentrich hielt nunmehr einen eingehenden Vortrag über: „Unsere Frühjahrsagitation“. Die Zahl der Mitarbeiter soll vergrößert werden. Zu Hauskassierern und Hausdelegierten sollen die 1. zu Kollegen gewonnen werden. Im besonderen müssen die älteren Kollegen wieder vor die Front treten. Wir müssen uns klar darüber sein, in welcher Situation wir stehen. Feinde ringsumher. Deshalb energische Kleinarbeit, Bauten- und Hausagitation. Die Diskussion war sehr reger. Mit Worten der Ermahnung zu treuer Pflichterfüllung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. Nun, Kollegen, an die Arbeit, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Aus Arbeitgeberverbänden

Die Erstarrung der Arbeitgeberverbände in den letzten Jahren tritt in einer Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes augenfällig in die Erscheinung. Danach ist die Entwicklung seit dem Jahre 1909 folgende:

Jahr	Beiträge insgesamt	Davon waren		
		Reichsverbände	Staat- oder Provinzialverbände	Deutscher Verband
Anfang 1909	2592	73	402	2117
" 1910	2613	84	474	2055
" 1911	2928	93	474	2361
" 1912	3085	103	461	2521
" 1913	3431	111	511	2809

Es handelt sich hier nicht ausschließlich um Berufsverbände, sondern auch um sogenannte gemischte Verbände, die die Unternehmer der verschiedensten Gewerbe zweig innerhalb eines Ortes oder Bezirks umfassen. Jedoch sind die reinen Berufsverbände in der Übergroßen Mehrheit. Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände umfaßt 53 264 Mitglieder, die 579 000 Arbeiter beschäftigen. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zählt 19 328 Mitglieder. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter hat er mit rund 300 000 angegeben, was vermuten läßt, daß man nach oben abgerundet hat. Der Bund zählte bekanntlich schon einmal 22 000 Mitglieder, nämlich bis zur großen Bauarbeiterausperrung in 1910. Nach seinem letzten herausgegebenen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1913 zählt er zu Anfang des Jahres 1914 gar nur mehr 17 633 Mitglieder.

Die Konzentration der Unternehmerverbände hat so ziemlich in allen Gewerben Fortschritte gemacht. Ueber die Mitgliederzahl der Unternehmerverbände und der von den organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter gibt folgende Uebersicht Auskunft:

Jahr	Zahl	
	der Mitglieder	der Arbeiter
Anfang 1909	159 405	3 647 147
" 1910	115 095	3 854 680
" 1911	127 424	4 027 440
" 1912	132 485	4 378 275
" 1913	145 207	4 641 361

In Wirklichkeit wird die Zahl der Mitglieder und der von diesen beschäftigten Arbeiter höher sein, da nicht alle Unternehmerverbände hierüber Angaben gemacht haben.

Die Gesellschaften für Streikversicherung und Streikentschädigung nehmen von Jahr zu Jahr an Mitgliederzahl und Geschäftsumfang zu. Die Verschmelzung der beiden Arbeitgeberverbandzentralen der Hauptstelle und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ hat auch die Streikversicherungsgesellschaft der beiden Verbände zum Zusammenschluß geführt.

Am 12. Dezember 1913 wurde vom genannten Verbände eine Zentrale für Streikversicherung ins Leben gerufen, der Verbände mit einer angemeldeten Lohnsumme von 703,9 Mill. Mark und 672 000 Arbeitern beitraten. Fast man sämtliche 20 Streikentschädigungsgesellschaften zusammen, so ergibt sich für 1912 die Gesamtzahl von 32 082 angeschlossenen Mitgliedern mit rund 1 394 900 Arbeitern. Außer den 20 besonders errichteten Streikentschädigungsgesellschaften gibt es nach dem „Vormärz“ noch eine ganze Reihe Arbeitgeberverbände, die eigene Einrichtungen zur Vorsorge von Streikschäden getroffen habe. Insgesamt gab es 1912: 61 973 Mitglieder von Arbeitgeberverbänden mit 2 773 469 Arbeitern, auf welche sich die Vorsorge gegen Schäden aus Arbeitsentstellungen bzw. Aussperrungen erstreckte. 1911 waren es 49 791 Mitglieder mit 2 637 637 Arbeitern und 1910 erst 47 328 Mitglieder mit 2 315 159 Arbeitern.

Unternehmer-Verbandsnachweise gab es im Jahre 1912 261, die angeblich 1 308 000 Arbeiter vermittelten. Der bedeutendste Nachweis ist der des Reichsverbandes.

